



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) › [Strompreisbremse darf nicht das Aus für Biogas bedeuten – Kaniber: „Strompreis bremsen, nicht die Energie-Erzeugung“](#)

Strompreisbremse darf nicht das Aus für Biogas bedeuten – Kaniber: „Strompreis bremsen, nicht die Energie-Erzeugung“

11. November 2022

München – Die Bundesregierung hat nach langem Zögern Entlastungsmaßnahmen für Gas- und Strompreise angekündigt. Hierin schlägt die Ampel auch eine Abschöpfung der so genannten „Zufallsgewinne“ am Strommarkt vor, die an dieser Stelle zwar nicht Biomethan, aber sehr wohl Biogas betreffen sollen. Als Konsequenz stünden etliche Biogasanlagenbetreiber vermutlich vor dem Aus. Die Branche berichtet von abrupten Stornierungen von Investitionen in Höhe von 400 Millionen Euro.

„Ich habe Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck in einem Schreiben die dramatische Situation geschildert. Die Stromgestehungskosten der Biogasanlagenbetreiber sind durch die aktuelle Situation deutlich angestiegen“, so die Bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber. Laut Branchenberichten sind die Substratkosten bei Biogasanlagen teilweise drastisch gestiegen und bringen Betreiber an den Rand der wirtschaftlichen Belastbarkeit. „Eine Abschöpfung der Erlöse bei 18 Cent je Kilowattstunde wird wohl das Aus vieler Biogasanlagen bedeuten. Ich frage mich, wie sich die Bundesregierung das leisten kann, wenn plötzlich eine relevante und speicherbare erneuerbare Energie einfach aufhört zu produzieren? Wir brauchen jede Kilowattstunde. Wir müssen den Strompreis bremsen, nicht die Energieerzeugung“, bekräftigte die Ministerin.

Weiter schreibt Kaniber an Habeck: „Ich bitte Sie jedoch dringend, bei der Ausgestaltung der Strompreisbremse Augenmaß walten zu lassen. Wir dürfen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Demzufolge bitte ich Sie Bioenergie von der Strompreisbremse vollständig auszunehmen.“

Biogas liefert rund ein Fünftel des erneuerbaren Stroms in Deutschland und das flexibel und nach Bedarf. Insofern dient Biogas als wichtige Stütze zur Stabilisierung des Stromnetzes und ist eine wichtige Ergänzung der volatilen Wind- und Solarenergie.

„Anstatt die Energiebranche zu beruhigen und das Land sicher durch diese Krise zu steuern, verunsichert die Bundesregierung mit undifferenzierten Ankündigungen die Branche aufs Neue. Sie schlägt sogar vor, rückwirkend Erlöse abzuschöpfen. Das widerspricht dem Vertrauensschutz grundlegend. Das ist ein schlechter Stil und schadet uns in der Energiekrise zusätzlich“, so Kaniber abschließend.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

